

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um Veröffentlichung nachstehender Pressemitteilung:

Machet die Tore weit, für Politikverdrossenheit !

Es ist ein Skandal, dass der Innenminister des Landes NRW zukünftig den Vereinen, Schulen und Kindergärten die Verantwortung für die Sicherung der Zugwege bei Martinszügen übertragen will, eine Verantwortung, die die Organisatoren aus unserer Sicht nicht übernehmen können. Die Vereine sind weder materiell und fachlich, noch personell so ausgestattet, dass eine sichere Begleitung der Martinszüge in den Dörfern und Stadtteilen ohne Polizeibegleitung zukünftig möglich sein wird. Die Folge ist, dass ein Stück rheinisches Brauchtum verloren gehen wird und die Kinder einer weiteren Gelegenheit beraubt werden, gemeinsam mit ihren Klassenkameraden und Freunden, mit ihren Eltern und Großeltern tiefverwurzelte Traditionen und gemeinschaftliches Leben erleben zu können.

Das Landes-Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport fordert bürgerschaftliches Engagement, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Mit 165 Projektvorschlägen auf der Homepage des Ministeriums sollen die Menschen motiviert werden, sich gesellschaftlich zu engagieren und einzubringen. Wenn aber gleichzeitig bürgerschaftliches Engagement, Brauchtumspflege und die Fortführung von Traditionsveranstaltungen durch immer höhere Auflagen erschwert werden, steht das aus unserer Sicht in klarem Widerspruch und darf nicht hingenommen werden.

Wir werden die immer größer werdende Kluft zwischen den Entscheidungen der großen Politik auf Landes- und Bundesebene und den berechtigten Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger nach Ordnung und Sicherheit nicht unwidersprochen lassen. Gleichzeitig werden wir prüfen, ob Traditionsveranstaltungen, wie die Martinsumzüge nicht von öffentlichem Interesse sind und somit eine Verpflichtung der Polizei besteht, für jene Sicherheit und Ordnung zu sorgen.

Wir fordern alle Fraktionen im Rat der Stadt auf, sich gemeinsam gegen die Pläne des Innenministeriums zu verwahren und eindeutig Position zu beziehen, für das Brauchtum, für die Vereine, Verbände, Schulen und Kindergärten und für alle Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich um unsere Stadt verdient machen. Wir werden in die nächste Ratssitzung eine Resolution gegen die Pläne des Innenministeriums einbringen und hoffen auf breite Unterstützung aller Fraktionen im Rat der Stadt Grevenbroich.

Mit freundlichen Grüßen



Fraktionsvorsitzender



stellv. Fraktionsvorsitzende